



# der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

6. Jahrgang / Ausgabe 30 - Nr. 1 / 2016

www.die-linke-nwm.de



## Aus Liebe zu M-V – Eckpunkte für die Landtagswahl beschlossen - Landesliste aufgestellt



Am 9. Januar fanden der Landesparteitag und die Landesdelegiertenkonferenz in unserem Landkreis Nordwestmecklenburg - der Heimat unserer Landtagsabgeordneten und stellv. Bürgermeisterin Simone Oldenburg - mit rund 120 Teilnehmern statt.

Im Wesentlichen ging es um die Eckpunkte unseres Wahlprogramms mit den Schwerpunkten Soziale Gerechtigkeit, Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz M-V und Demokratie stärken, die nun

in einem intensiven Diskussionsprozess in ein umfassendes Programm einfließen müssen. Alle Basisorganisationen sind aufgerufen sich einzubringen – näheres findet ihr unter [www.suche-anhaenger.de](http://www.suche-anhaenger.de). Der Parteitag war nach wenigen Stunden vorbei und auf der anschließenden Delegiertenkonferenz wurde die Landesliste zur Landtagswahl aufgestellt.

Überraschungen blieben aus und somit wurde am Ende die Liste, wie vom Landesausschuss vorge-

schlagen, auch bestätigt. Mit Helmut Holter an der Spitze und Simone Oldenburg auf Platz 2 stand die Listenführung schnell fest. Björn Griese erreichte Listenplatz 16 und ich selbst bin wie geplant auf dem "aussichtsreichen" Platz 29 gelandet.

Jetzt gilt es die Inhalte zu erarbeiten und den Kampf, der in diesem Jahr alles andere als leicht wird, offensiv zu führen.

Horst Krumpfen

## Rosa-Luxemburg-Konferenz 2016

Bericht: Horst Neumann

Alle Jahre wieder - nun zum 21. Mal hatte die Tageszeitung „junge Welt“ zur Rosa-Luxemburg-Konferenz ins Urania Haus Berlin eingeladen. Mehr als 2.600 Gäste folgten dieser Einladung, wieder ein neuer Besucherrekord. Das merkte man auch. Wenn man kurzzeitig den großen Saal verließ, musste man anstehen, um wieder hineinzukommen oder in Nebensäle ausweichen, in die das Konferenzgeschehen übertragen wurde. Auch diese waren brechend voll.

Viele Redner riefen zu Solidarität und Kampf gegen Faschismus und Krieg auf. Aydin Çubukçu, Mitglieder der bekannten türkischen Band Grup Yorum und der Herausgeber der Evrensel Kültür und Mitbegründer der linken Partei der

Arbeit (EMEP) warnten eindringlich vor einer faschistischen Entwicklung und der Kriegspolitik der Regierung in Ankara, die sich nicht nur gegen den kurdischen Teil der eigenen Bevölkerung richtet.

Die faschistische Gefahr sei in ganz Europa sehr ernst sagte Alexej Markow, Mitbegründer und politische Kommandeur der »Kommunistischen Einheit« der Brigade »Prisrak« im Donbass, in einem Videointerview »Wenn die Nazis, die in der Ukraine an die Macht gelangt sind, sich hielten und siegten, dann wäre das ein schlechtes Beispiel für ganz Europa.«

Traditionell konnte sich auch der politische Gefangene Mumia Abu-Jamal wieder mit einer Audiobotschaft aus seiner Zelle in den USA



zu Wort melden. Er erklärte, dass auch in den Vereinigten Staaten die Krise des Kapitalismus anhalte. Große Teile der Bevölkerung müssten um ihre Existenz kämpfen und kämen dabei in Konflikt mit dem repressiven Staatsapparat.

Die bekannte Bürgerrechtlerin Angela Davis wandte sich per Videobotschaft an die Teilnehmer der Konferenz: »Der Kampf um

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Landesliste Landtag 2016

1. Holter, Helmut (Schwerin)
2. Oldenburg, Simone (Nordwestmecklenburg)
3. Kröger, Eva-Maria (Rostock)
4. Koplín, Torsten (Mecklenburgische Seenplatte)
5. Bernhardt, Jacqueline (Ludwigslust-Parchim)
6. Kolbe, Karsten (Rostock)
7. Schwenke, Mignon (Vorpommern-Greifswald)
8. Ritter, Peter (Mecklenburgische Seenplatte)
9. Larisch, Karen (Landkreis Rostock)
10. Weiß, Wolfgang (Vorpommern-Rügen)
11. Rösler, Jeannine (Vorpommern-Greifswald)
12. Foerster, Henning (Schwerin)
13. Brüdgam-Pick, Wenke (Vorpommern-Rügen)
14. Al-Sabty, Hikmat (Rostock)
15. Lenz, Kerstin (Mecklenburgische Seenplatte)
16. Griese, Björn (Nordwestmecklenburg)
17. Labouvie, Christa (Vorpommern-Rügen)
18. Bock, Phillip (Rostock)
19. Krone, Susanne (Landkreis Rostock)
20. Georgi, Peter (Landkreis Rostock)
21. Glasow, Margit (Rostock)
22. Meister, Marcel (Mecklenburgische Seenplatte)
23. Quintana Schmidt, Maria (Vorpommern-Rügen)
24. Neumann, Karsten (Vorpommern-Rügen)
25. Völschow, Heike (Vorpommern-Rügen)
26. Bonitz, André (Vorpommern-Rügen)
27. Latendorf, Armin (Vorpommern-Rügen)
28. Brie, André (Vorpommern-Rügen)
29. Krumpfen, Horst (Nordwestmecklenburg)
30. Kronschnabel, Edwin (Ludwigslust-Parchim)
31. Döring, Konrad (Vorpommern-Rügen)

## Brandmord: Hafenstrasse, Lübeck!

**600 Menschen (nach Polizeiangaben) aus Lübeck und Umgebung erinnerten mit einer Demonstration durch Lübecks Innenstadt an die Ermordung von 10 Asylbewerbern vor 20 Jahren.**

Unter ihnen selbstredend Linke aus Lübeck und Umgebung- auch aus unserem Kreis NWM, Mitglieder des VVN und von ATTAC, Vertreter der DKP und weiterer linker Gruppen sowie des Flüchtlingsforums Lübeck. Einige SPD Genossen waren sicher auch anwesend, aber ohne Fahnen und Transparente. Die rechte Öffentlichkeit: CDU, FDP, AFD usw. glänzte durch Abwesenheit. Das große Plakat REFUGEES WELCOME sprach diese Gruppe offensichtlich nicht an.

Maria Brinkmann vom Flüchtlingsforum verlas die Namen der sieben Kinder und drei Erwachsenen, die in dem Feuer am 18.1.1996 ums Leben kamen. 35 Asylsuchende wurden verletzt, viele schwer. Und heute: Die Forderung die Schutzsuchenden dezentral unterzubringen, konnte leider nicht durchgesetzt werden. Frau Brinkmann verurteilte die



Abschiebepläne des Lübecker Bürgermeisters Bernd Saxe (SPD). Michael Bouteiller, (SPD) beim Brandanschlag 1996 Lübecks Bürgermeister, begrüßte die frühere Hausbewohnerin Marie Agonglovi, heute wohnhaft in München. Bouteiller hatte damals erfolgreich darauf hingewirkt, dass die Überlebenden des Anschlages ihre Anerkennung als ständige Asylanten bekamen.

Bisher wurden die Täter leider nicht ermittelt. Unmittelbar nach dem Anschlag nahm die Polizei vier Jugendliche aus Grevesmühlen fest, die verbrannte Haare am Kopf hatten und nach Benzin rochen. Sie wurden nur kurzfristig

festgesetzt, dann aber ein Heiminsasse beschuldigt. Auch hier zeigten sich Justiz und Polizei auf dem rechten Auge blind. Am 20. 1. 1996 nahm die Polizei den Mitbewohner Safwan W fest. Nun wurde er angeklagt, den Brand gelegt zu haben, musste aber in zwei Prozessen freigesprochen werden. Die Anwältin von Safwan W. ,Gabriele Heinicke, wirft der Staatsanwaltschaft eine Vertuschungsaktion vor. Wunderbarerweise wurden entscheidende Beweismittel zerstört. Diese Vorgehensweise erinnert in fataler Weise an die Machenschaften des Geheimdienstes bei der Aufklärung der Morde des NSU.

Die Lübecker Anklagebehörde sieht keinen Anlass, die Ermittlungen wieder aufzunehmen. Über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses entscheidet allein der Landtag.

Die Sammelunterkunft an der Hafenstrasse ist längst abgerissen. Ein schlichter Gedenkstein erinnert an die Verbrechen vom 18. Januar 1996.

Von Günther Bruns



(Fortsetzung von Seite 1)

die Befreiung Mumias geht weiter«, rief sie zur weiteren Solidarität für den schwer erkrankten Abu-Jamal auf.

Wie wichtig die Solidarität auch für ihn war, brachte Gerardo Hernández in einer bewegenden Rede zum Ausdruck. Er gehörte zu den »Cuban Five«, die in Miami antikommunistische Terrorgruppen unterwandert hatten, um Anschläge auf ihre Heimat zu verhindern. Die US-Justiz verurteilte sie zu langjährigen Haftstrafen. Nach 16 Jahren in US-Gefangenschaft konnte er in seine kubanische Heimat zurückkehren. Im Namen der »Fünf« und ihrer Angehörigen dankte er der Solidaritätsbewegung für den unermüdlichen Kampf um ihre Befreiung. Die Zuhörer ehrten den Helden Kubas lange mit stehendem Applaus.

Immer wieder durch Applaus un-

terbrochen wurde die Rede Sahra Wagenknechts zu linker Politik in Deutschland und Europa. Auch ich hatte sie so noch nicht erlebt und war begeistert. Meine Begeisterung wird sicher nicht teilen, wer



eine Koalition „rot, rot, grün“ favorisiert. Diesem Projekt erteilte Sahra Wagenknechts eine deutliche aber wohlbegründete Absage.

Linke Politik für Deutschland und Europa ist, Parteinahme für die,

die ihre Arbeitskraft verkaufen, also von ihrer Arbeit leben müssen. Linke Politik ist der Kampf gegen Ungleichheit und Armut. Aufgabe linker Politik ist es, das man die Kriege des Kapitals um Rohstoffe und Absatzmärkte nicht unterstützt und die Lügen entlarvt, die solche Kriege legitimieren sollen.

„Wir wollen nicht ein Stück vom Kuchen, wir wollen die Bäckerei“. Unter diesem forschen Plakat diskutierten junge Leute von SDAJ, Solid, dem Roten Aufbau Hamburg und der Gewerkschaftsjugend

zwei Stunden im ebenfalls überfüllten Kleistsaal des Urania-Hauses. Dass es gegenwärtig kaum eine Chance gibt, den genannten Anspruch auch nur zum Teil umzusetzen, war den jungen Leuten schon klar. Sie suchten nach Wegen über einzelne Aktionen hinauszukommen und auch längerfristig zusammen zuarbeiten. Harsche Kritik gab es an Solid, weil eine Zusammenarbeit nur denkbar wäre, wenn sie sich von den Antideutschen und BAK Shalom trennt. Der Gewerkschaft wurde Unentschlossenheit vorgeworfen, bezogen auf die Streiks bei der Post, den Erziehern und den Azubis. Die Linke wurde mehr als 2. SPD wahrgenommen. In allen Gruppen war man sich einig, stärker um die arbeitende Jugend zu werben, bessere Ausbildungsbedingungen zu fordern, gegen Bundeswehrwerbung aufzutreten und statt sich in Rivalität drängen zu lassen, mehr auf Kollektivität zu setzen. Es machte Freude, dort zuzuhören, auch wegen der ausgezeichneten Streitkultur.

## Aus der Gadebuscher Stadtvertretung

### Die in Gadebusch zu Unrecht verurteilten Hexen werden rehabilitiert

Es war wohl der ungewöhnlichste Antrag über den die Stadtvertretung Gadebusch je zu befinden hatte. Am 14.12.2015 stand unser Antrag über die sozioethische (moralische) Rehabilitation der während des 16. und 17. Jahrhunderts im Rahmen der sogenannten Hexenverfolgungen unschuldig verurteilten und hingerichteten Gadebuscher Einwohner zur Abstimmung. Unser Antrag fand eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Zeitungen und Radiosender berichteten darüber. Von „Linke will „Hexen“ rehabilitieren (SVZ v. 11.12.2015), Späte Gnade für verbrannte Hexen (SVZ v. 15.12.2015), Als Hass Scheiterhaufen lodern ließ (16.12.2015 Neues Deutschland) bis Gadebuscher Hexen werden rehabilitiert (Express v. 23.12.2015)" lauteten die Überschriften. Unterstützt wurde unser Antrag von Gadebuschs Pastorin, Ariane Baier. Sie nutzte die Gelegenheit um in der Stadtvertretung für unseren Antrag zu werben, und bekannte, „ich hab mich sehr gefreut, als ich von diesem Antrag hörte". Die Stadtvertretung stimmte unserem Beschlussvorlage zu. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Lutherjahr

2017 soll nun ein Gedenkstein oder eine Stele mit den Namen aufgestellt werden. Der Kulturausschuss wurde beauftragt in enger Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Gadebusch hat somit als erste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern die zu Unrecht als Hexen und Hexer verurteilten Frauen und Männer rehabilitiert.

### Das Renaissance-schloss Gadebusch ist akut gefährdet - ein überregional bedeutendes Kunstdenkmal verfällt



Von den Gutshäusern und Schlössern, die in der DDR der Allgemeinheit dienen, etwa als Schulen, drohen viele zu verfallen. So zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern das Schloss Gadebusch.

Unser zweiter Antrag gestaltete sich, wieder erwarten, weitaus schwieriger. Wir beantragten, dass sich der Bürgermeister u.a. an die Landesregierung, an die Landrätin, an die demokratischen Fraktionen im Kreistag wendet, jeweils mit dem Auftrag alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen um eine Aufhebung/Rückabwicklung des Kaufvertrages zu erreichen bzw. auch die Einleitung eines Enteignungsverfahrens sei zu prüfen. Unser Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen. Diese sollen nun ein Nutzungskonzept erarbeiten.

Von Thomas Konieczny

## Zustimmung für Doppelhaushalt in Wismar

### Fraktion DIE LINKE unterstützt kommunale Haushaltsplanung für 2016/2017

Von Uwe Boldt

In der Dezembersitzung der Wismarer Bürgerschaft wurden weitreichende Haushaltsentscheidungen für die Jahre 2016 und 2017 getroffen. Die Abgeordneten hatten, im Gegensatz zu den Vorjahren, erheblich mehr Planungunterlagen für einen doppelt so langen Zeitraum zu sichten und zu bewerten um in der Bürgerschaftssitzung letztendlich eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können.

Bei leicht steigenden Zuweisungen und positiver Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen werden in den kommenden zwei Jahren keine Abstriche bei den freiwilligen Leistungen, umfangreiche Investitionen sowie eine Erhöhung der Ausgaben für Pflichtleistungen vorgenommen.

So werden bei den freiwilligen Leistungen u.a. für die Stadtbibliothek, für die Tourismus-zentrale, für das Theater, das Museum, die Sportanlagen, die Sport- und Mehrzweckhalle, die Vereine und Verbände die Ausgaben für 2016 sogar noch von 7,852 auf 7,998 Mio. € erhöht.

Die Pflichtausgaben steigen u.a. im Gemeindeanteil für Kindertagesstätten von 4,408 auf 5,016 Mio. € und bei den Investitionen, die mit erheblichen Fördermitteln von Bund und Land gestützt werden, sollen solch wichtige Sanierungsmaßnahmen wie die Fritz-Reuter-Schule, das Kurt-Bürger-Stadion und die Kreuzung Poeler Straße für die Zukunft fit gemacht werden. Als weiteren Schwerpunkt sind u.a. die Baumaßnahmen zur Hafenerweiterung II. Bauabschnitt und die Abfertigung für Passagiere

der Kreuzfahrtschiffe vorgesehen.

In der Begründung für das Abstimmungsverhalten der Fraktion DIE LINKEN stellte Christa Hagemann positiv heraus, dass der Haushaltsentwurf nicht den Äußerungen des Präsidenten des Landesrechnungshofes MV folgte, der bei der Vorstellung des Kommunalfinanzberichtes zum Jahresende 2015 hervorhob, dass Kommunen zu viel Geld für Soziales und für Sach- und Personalkosten ausgeben sowie die steuerliche Belastung der Bürger durch Gewerbe und Grundsteuer zu niedrig halten.

Weil der Doppelhaushalt im sozialen Bereich und bei den Investitionen zum Wohle Wismars ausgerichtet ist, stimmte die Fraktion einstimmig für den Entwurf.

## Haushalt 2016 – Wunderwerk oder Wahlgewinn?

Nachdem im Dezember-Kreistag der Haushaltsplan für 2016 von der Tagesordnung flog, wurde er am 14. Januar erneut beraten. So gab es tatsächlich Zeit für eine intensive Befassung in Ausschüssen und Fraktionen mit diesem kleinen „Wunderwerk“. Auf der einen Seite wird in die Rücklagen gegriffen. Auf der anderen Seite wollen CDU und SPD die Kreisumlage senken. Tatsächlich steht der Kreis momentan finanziell ganz gut da. Das Steueraufkommen in den Kommunen ist gut, was sich über die Kreisumlage bemerkbar macht – selbst bei der Absenkung von 43,67% auf 42,5% bleiben für den Kreis über 50.000 € zusätzlicher Ertrag. Doch viel mehr wirkt sich „positiv“ aus, dass in den Vorjahren – seit Einführung der Doppik – so „schlecht“ geplant wurde, dass die Planabweichungen in die Mio. gehen. Das bedeutet Jahresüberschüsse von nunmehr über 12 Mio. € Leider liegen erst jetzt die Jahresabschlüsse für 2011/12 vor, weil die Eröffnungsbilanz erst so spät vorlag. Es wurde also Geld zurück gehalten, was wir besser hätten verwenden können. Viele Kürzungen der Vergangenheit wären nicht nötig gewesen. Die Kreisumlage hätte niedriger sein können ... wenn man um die tatsächliche Finanzlage gewusst hätte.

Trotzdem sieht der Ausblick haushälterisch nicht so rosig aus, dass diese Kreisumlage von Dauer sein wird. Die Entnahme aus der Rücklage in wirtschaftlich guten Zeiten ist widersinnig. Die Personalbedarfe in der Kreisverwaltung u.a. in den Bereichen Jugend und Soziales werden kaum beachtet. Dabei werden Integration von Geflüchteten und Sozialleistungen in Zukunft noch mehr Aufwand erfordern. Der Haushaltsentwurf ist kurzfristig und sozial verantwortungslos! Er ist kein Wunderwerk sondern ein Wahlgewinn im Jahr der Landtagswahl!

Wermutstropfen war die positive Behandlung unserer Änderungsanträge, die wichtige Missstände angriffen: Vorziehen der Sanierung der Blindenschule Neukloster; Schaffung einer vollen Stelle im Öffentlichen Gesundheitsdienst für einen Kinderarzt zur Absicherung der pflichtigen Schuluntersuchungen; Schaffung einer Stelle zur Koordination für den Übergang Schule/Beruf (in Ausschuss verwiesen).

Von Björn Griese

## Warum Russland dem syrischen Hilferuf folgte Erklärungsversuch für jüngste Entwicklungen im Syrienkonflikt

Von Uwe Boldt

Nachdem die Koalition der 'Willigen' unter Führung der USA mehr als ein Jahr lang angeblich versucht hat, mit Bomben und Drohnen den s.g. 'Islamischen Staat' in Syrien und Irak zurückzudrängen, die Lupenreinen islamistischen Dynastien in Saudi-Arabien und Katar von den USA und der EU in ihrem mittelalterlichen Denken politisch gehätschelt und mit Waffen gefüttert wurden und Saudi-Arabien einen brutalen Krieg in Jemen veranstaltet, ist Russland der Bitte der legitimen syrischen Regierung zur militärischen Unterstützung im Kampf gegen den IS gefolgt. Dabei hat Putin, anders als die USA und deren Verbündeter, in einer UNO-Vollversammlung darüber informiert, dass entsprechend des Völkerrechts Beistand gewährt wird.

Die Entwicklung hatte sich bis Sept. 2015 im nahen Osten, nach dem offensichtlich von außen gesteuerten s.g. arabischen Frühling und der darauf folgenden Bürgerkriege, die ebenfalls von außen massiv mit Geld, Waffen und Beratern gefüttert wurden, so weit zugespitzt, dass diese Region

sich zu einem Sprengsatz für den Weltfrieden entwickelte.

Es gab keine Diplomatischen Aktivitäten mehr, es gab keine Strategie zur Befriedung, die UNO war kalt gestellt, es gab bis dahin nur ein Mittel: die Eskalation der Gewalt, mit der Hoffnung, dass sich die Probleme irgendwie lösen werden. Der stereotypen Forderung durch die USA: „Assad muss weg“ folgte fast die gesamte westliche Welt, wohl wissend, dass der Präsident von Syrien nicht durch Putsch oder Selbstermächtigung sondern durch Wahlen in sein Amt gekommen ist.

Diese Entwicklung war möglich geworden, weil Russland auf internationalem Parkett, dass sehr stark durch die USA bestimmt ist, aus vielen internationalen Entscheidungsprozessen und Gremien im laufe der Ukraine Krise hinaus gedrängt wurde. Dabei erinnerte manche Diplomatische Veranstaltung, bei der Putin von allen Politikern gemieden wurde, an das Verhalten in einem Kindergarten ... „mit dem Spielen wir nicht mehr“. Leider ist

kein „Erzieher“ in Sicht, der den Beteiligten ihr unproduktives Verhalten erklärt. Der kalte Krieg 2.0 konnte von interessierten, leider sehr einflussreichen Kreisen seit 2013 aufgelegt werden.

In dieser Situation fällt es mir schwer Lösungsansätze zur Krisenbewältigung und Verhinderung eines noch größeren Flächenbrandes zu denken. Wenn einer auf Weltherrschaft fixiert ist und sich als Mittelpunkt des Weltgeschehens sieht, das Geltende internationale

**Eure Meinung  
ist gefragt!**



Recht seinen Interessen unterwirft, die Durchsetzung seiner Imperialen Ziele überwiegend

mit Nötigung, Druck, Erpressung und militärischen Mitteln anstrebt, dann ist er durch diplomatische Argumente offensichtlich nicht mehr erreichbar.

Deshalb stellt sich mir die Frage, ob die Menschheit sich dem Weltmachtstreben einzelner Länder und deren Verbündeter ergeben und militärischer Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen akzeptieren soll oder ob es erlaubt ist, sich dieser Entwicklung, auch

mit militärischen Mitteln entgegenzustellen. Ich kann kein menschenwürdiges Ergebnis des bedingungslosen Pazifismus nur eines Teils der Weltbevölkerung in solch einer Situation erkennen.

Offensichtlich haben die Entscheidungen der russischen Regierung, sich aktiv in den Konflikt im nahen Osten einzumischen auch zu Veränderungen im Denken der unzähligen Akteure in diesem Raum hervorgebracht. Verhandlungen in Wien sind wieder aufgenommen, die Forderung „Assad muss weg“ wird nicht mehr von allen Verbündeten der USA uneingeschränkt unterstützt, die Rolle Saudi-Arabiens, Katarrs, Jordaniens etc. in dieser Region wird zunehmend kritischer bewertet. Russland konnte diplomatischen Aktivitäten immer mehr Raum verschaffen.

Ich verbinde mit dieser Entwicklung die Hoffnung, dass der Anfang von nicht militärischen Konfliktlösungen, ähnlich wie in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, geschaffen werden konnte und dem Kalten Krieg 2.0 schnell ein Ende bereitet wird. Kooperation statt Konfrontation muss Politik im 21. Jahrhundert bestimmen.

## Ausländische Militärintervention in Syrien und Irak beenden

In Syrien lebten 2012 21,9 Millionen Menschen. Der Syrienkonflikt kostete 240.000 Menschen das Leben (Stand August 2015) und mehr als 4 Millionen sind ins Ausland und 7,6 Millionen innerhalb des Landes geflohen (Stand Juni 2015). Das Sterben, die Flucht und das Verhungern der Menschen geht in dem leidgeprüften Land täglich weiter.

In der militärischen Auseinandersetzung gegen die Regierung Syriens unter Präsident Baschar al-Assad und gegen den IS sind 15 Staaten beteiligt, die den Kampf mal miteinander, mal nebeneinander und mal gegeneinander führen. Jetzt beteiligt sich die Bundesrepublik mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen an diesem Krieg, findet also die Ziele für die Bomben.

DIE LINKE und viele Bürger lehnen diesen Einsatz ab, wie alle Auslandseinsätze der Bundeswehr und alle Waffenexporte. Das haben Mitglieder des Kreisverbandes

am 16. Dezember mit einem Infostand und einer Mahnwache am Wismarer Rathaus öffentlich gemacht: Bomben schaffen keinen Frieden, egal ob sie von den USA, Frankreich, Russland oder mit deutscher Hilfe abgeworfen werden. Für die zivilen Opfer ist es egal, von welchen Bomben sie getroffen werden. Das bringt neuen Hass hervor und treibt dem IS neue Kämpfer zu. Dieser Krieg ist

Terror und potenziert den Terror weltweit.

**Wie gelingt es aus dieser Spirale der Gewalt herauszukommen?**

Sahra Wagenknecht hat am 04. Dezember 2015 im Bundestag dazu gesprochen: Es ist eine Lüge, dass dieser Kriegseinsatz der Bundeswehr den IS schwächen wird. Wer den IS wirklich schwächen will, der muss ihn von Waffen,

Finanzen und Nachschub an neuen Kämpfern abschneiden sowie den Terrorpartnern Türkei und Saudi Arabien das Handwerk legen.

Eine Chance den Syrien Konflikt auf politischem Wege zu lösen bietet die Umsetzung des im Dezember 2015 vom UN Sicherheitsrat beschlossenen Friedensplans. Dazu gehören die ab 18. Januar in Wien beginnenden Friedensgespräche mit 17 Staaten, um schrittweise über eine Feuerpause und eine Übergangsregierung die Durchführung freier Wahlen zu erreichen. Die Eskalation der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Irak kann dieses Vorhaben wieder gefährden.

Mein Fazit: Beendigung der ausländischen Militäreinsätze, Isolierung und Schwächung des IS sowie erfolgreiche Umsetzung des UN Friedensplanes.

Peter Vorbau



Am 16. Dezember haben wir mit einer Mahnwache am Wismarer Rathaus gegen den Einsatz von Tornados und Kriegsschiffen Stellung bezogen.

## „Es ist noch Suppe da“

Von Simone Oldenburg, MdL

„Es ist noch Suppe da“ – so beschrieb der Bildungsminister, wie und warum er es geschafft hat, aus dem „50-Millionen-Paket“ auch noch das Geld für die Höhergruppierung der Seiteneinsteiger und anderer Lehrkräfte zu schöpfen.

Es ist noch Suppe da – denn allein 2015 wurden wieder 50 Millionen aus dem Bildungshaushalt nicht ausgegeben und landen im Suppentopf der Finanzministerin, nicht aber auf den Tellern der Schülerinnen und Schüler.

Genau aus diesem Suppentopf fordern wir einen Nachschlag für die Bildungspolitik, damit es nicht bei einer „plürrigen“ Buchstaben-suppe bleibt.

Denn die Lernbedingungen der Mädchen und Jungen müssen vor allem im Grundschulbereich deutlich verbessert werden.

Verbessern heißt nicht Umschau-feln von Sachunterricht zu Deutsch, von englisch zu Deutsch, nein, verbessern ist einfach mehr Unterricht.

Diesen haben die Kinder nicht nur verdient, sondern auch nötig, denn die Vergleichsarbeit Mathematik



in der dritten Jahrgangsstufe be-weist, dass im vergangenen Schul-jahr fast die Hälfte der Schülerin-

nen und Schüler die Regelstan-dards nicht beherrscht. Sie sind genauso bedenklich wie die Deutschkenntnisse in allen Jahrgangsstufen.

Und bevor der Minister und die Koalition nun auf die Idee kom-men, Musik oder Kunst gegen Mathematik einzutauschen, for-dern wir beharrlich, dass die Lüt-ten an den Grundschulen wöchent-lich eine Deutsch- und eine Ma-thematikstunde zusätzlich erhal-ten.

Wir wollen, dass die Kinder mehr Zeit zum Lernen bekommen, um tatsächlich Fähigkeiten zu erwer-ben, die sie fit für den weiteren Schulbesuch und vor allem fit für die Ausbildung machen.

Weder die Schülerinnen und Schü-ler noch die Lehrkräfte haben weiterhin die Suppe auszulöffeln, die ihnen eine Sparbildungspolitik einbrockt.

## Aus den Landtag: Koalition verweigert Diskussion über Reform des Bestat- tungsgesetzes

Mit fadenscheinigen Argumenten und Unterstellungen haben sich die Fraktionen von SPD und CDU heute geweigert, in einen ergebnis-offenen Dialog über eine Reform des Bestattungsgesetzes M-V zu treten.

Die Blockadehaltung der Koalition ist angesichts der Bedeutung des Themas nicht angemessen. Schließlich gibt es zahlreiche Punkte im Gesetz, die wir mit allen Beteiligten wie den Kirchen, Kommunen oder der Bestattungsbranche diskutieren sollten. Zu nennen sind etwa eine bessere Qualifizierung der Ärzte, die die Leichenschau vornehmen, die Zertifizierung von Bestattungsunternehmen, die Verkürzung der Mindestruhezeit oder auch die Aufhebung bzw. Lockerung des Friedhofzangs.

Zahlreiche Menschen bewegen insbesondere die Fragen, was mit ihnen oder ihren Angehörigen nach dem Tode geschieht und wie selbstbestimmt sie darüber entscheiden können. Darüber hinaus ist es aus Sicht meiner Fraktion auch erforderlich, über die Wiedereinführung des Sterbegeldes zu beraten.

Auch wenn der heutige Versuch, eine fraktionsübergreifende Debatte einzuleiten, gescheitert ist, werden wir uns weiter der Thematik widmen und um einen Dialog werben.

(Peter Ritter, 28. Januar 2016)

## 2016 – die Achse der Politik weiter nach links verschieben

Den Leserinnen und Lesern wünsche ich für 2016 alles Gute und beste Gesundheit. Ich nutze die Gelegenheit für ein großes Dankeschön für Ihr Engagement im zurückliegenden Jahr.

Wir befinden uns an einer Zeiten-wende. Wohin geht die Entwick-lung in Deutschland, in Europa, in der Welt? Gelingt ein Aufbruch hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Frieden, oder ver-schärfen sich die Auseanderset-zungen, gibt es eine Radikalisie-rung? Die Zeichen, z.B. im Ergeb-nis der Wahlen in Polen oder in Portugal lassen unterschiedliche Schlüsse zu, die Antwort ist offen. In der größten politischen Heraus-forderung Europas, der Flücht-lingsfrage, versagt Europa bislang. Auch, weil Deutschland sein poli-tisches Gewicht nicht ansatzweise so konsequent einbringt, wie Herr Schäuble und Frau Merkel es an anderer Stelle – Griechenland – getan haben.

Den politischen Eliten ist der Wertekompass abhandengekommen. Drei Kürzel DFB, VW, BND ste-hen exemplarisch dafür. Auch in der Außenpolitik scheint der Bun-desregierung jeglicher Maßstab abhandengekommen zu sein. Völ-lig anders als im Umgang mit Russland angesichts des Konfliktes mit der Ukraine verhält sich



»Das US-amerikanische Time Magazine hat Angela Merkel zur Person des Jahres 2015 gekürt. Auf Platz zwei und drei folgen Abu Bakr al-Baghdadi und Donald Trump. Der Chef des terroristischen Islamischen Staates und ein quartalsirrer Milliardär. Das hat die Kanzlerin nicht verdient!«  
Dietmar Bartsch

Deutschland gegenüber Saudi Arabien. Offenbar hat Außenminister Steinmeier keine Skrupel, auch nachdem dort jüngst 47 Men-schen hingerichtet wurden, nach Saudi-Arabien reisen zu wollen. Seit 2002 haben die Bundesregie-rungen in dieses Land Waffen für mehr als 2,6 Milliarden Euro ex-portiert. Es ist blutiges Geld, was Konzerne aus Deutschland dort verdienen.

Für DIE LINKE als stärkste Oppo-sitionskraft im Bundestag wird es auch 2016 darum gehen, im wirt-schaftlich stärksten Land Europas den Kampf darum zu führen, dass ein Aufbruch hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Frieden in der Welt möglich wird. Hartz IV und Tafeln gibt es in Deutsch-land lange bevor die Flüchtlinge zu uns kamen. Zu wenig Lehrkräf-te und schlecht ausgestatte Schu-len sind ein Ergebnis verfehlter

Politik seit vielen Jahren. Und dass bezahlbarer Wohnraum fehlt ist das Ergebnis falscher Bundes- und Landespolitik seit mehr als einem Jahrzehnt. Wir wollen das ändern, wir wollen, dass sich die Achse der Politik nach links verschiebt.

Das Jahr 2016 bietet mit den Kom-munalwahlen und mit den Land-tagswahlen auch in unserem Land große Herausforderungen. Ge-meinsam wollen wir unsere Chan-cen bestmöglich nutzen. Ziel ist, dass DIE LINKE ihre kommunale Verankerung in Hessen und Nie-dersachsen stärkt und dass wir in weitere westdeutsche Landtage einziehen. Nach den Landtagswah-len in Sachsen-Anhalt (März) und in Mecklenburg Vorpommern und Berlin (September) wollen wir in mehr Ländern in Regierungsver-antwortung sein. Dafür brauchen wir auch Euer, auch Ihr Engage-ment.

der **WELLENBRECHER**

Herausgegeben vom:  
Kreisverband DIE LINKE  
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

**DIE LINKE.**  
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:

Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55  
Fax: (03841) 20 19 79  
Mail: info@die-linke-nwm.de  
Internet: www.die-linke-nwm.de  
Redaktionsschluss: 16.03.2016



## Gedanken nach der Pariser Klimakonferenz

### Wismar kein Vorreiter in Sachen Klimaschutz

Die Ergebnisse der 21. UN-Klimakonferenz zeichnen sich gegenüber denen der oft desaströsen ihrer Vorgänger positiv dadurch aus, dass erstmals ein Klimaabkommen beschlossen wurde, das die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C, vorsieht. Dass es trotz unterschiedlichster Interessen der 195 Teilnehmerstaaten zur einstimmigen Verabschiedung eines Abkommens kam, ist neben der gründlichen diplomatischen Vorbereitung sicherlich auch der geschickten Verhandlungsführung durch den französischen Außenminister Laurent Fabius zu verdanken. Auch dass bisherige Verweigerer wie die USA, Kanada, China, Russland u. a. diesmal aktiv am Zustandekommen eines Ergebnisses beteiligt waren, ist zweifellos ein Erfolg.

Ob dieser ein historischer wird,

Menschheit verheerende Folgen hätte.

Wie alle Länder wird auch Deutschland, das sich gern als Vorreiter im Klimaschutz geriert, große Anstrengungen unternehmen müssen, um seine angestrebten Ziele zu erreichen; der angesagte Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke ist dabei nur ein Problem. Für das Erreichen der gesteckten Ziele kann m. E. nicht allein die jeweilige Regierung eines Landes verantwortlich sein, – ohne Mitwirkung aller gesellschaftliche Kräfte, ja, jedes Einzelnen, stünde sie auf verlorenem Posten. Worauf es jetzt meiner Meinung nach ankommt, ist, in der Bevölkerung das Wissen um die drohenden Gefahren zu wecken und auch deren Bereitschaft, darauf angemessen zu reagieren, was auch heißt, das Konsumverhalten kritisch zu überdenken. Das wird

Fälle zu treffende Abwägungen sind, hat z. B. der letzte Wahlkampf im Lausitzer Braunkohlrevier gezeigt. Wegen des befürchteten Stimmenverlustes verzichtete DIE LINKE auf die aus ökologischer Sicht dringliche Forderung nach Beendigung einer Förderung dieses für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in hohem Maße verantwortlichen Energieträgers; – was schwerlich langfristig verantwortbar ist. Auch auf kommunaler Ebene sollten alle Entscheidungen einer gründlichen ökologischen Bewertung unterzogen werden. Hierbei haben unsere kommunalen Mandatsträger eine hohe Verantwortung, die in jedem Falle eine gründliche Abwägung zwischen evtl. kommunalen u. a. Interessen und dem überzuordnenden Gemeinwohl unter ökologischem Aspekt erforderlich macht.

An einem aktuellen Beschluss der Wismarer Bürgerschaft, dem unse-

fentlich gelingen wird, dieses herrliche Kleinod gegen Begehrlichkeiten zu verteidigen, wie sie z. B. in Schleswig-Holstein zu Betonwüsten an den Küsten geführt haben.

Mozarts Operntitel „So machens alle“ darf in solchen Fällen nicht als Handlungsmaxime dienen. Ich möchte einer Partei angehören, welche die Interessen der arbeitenden 99% der Gesellschaft vertritt; in unserer Parteienlandschaft gibt es genügend andere, die sich um die Geldanlagen des restlichen einen Prozents kümmern. Der ökologische Fußabdruck, den jeder von uns hinterlässt (<http://www.footprint-deutschland.de/>) könnte ein Maßstab für Entscheidungsfindungen unserer Mandatsträger in diesem Sinne sein.

Lutz Tannhäuser

### Wahlkampf 2016 Oder Kampf um die richtige Wahl ?

Ein paar persönliche Gedanken für den Wahlkampf. Aus Liebe zu M-V so laut unser Motto. Dieses gilt es mit linken Inhalten zu füllen, sonst passt es nicht. Angesichts der Umfragewerte anderer Parteien, die noch nicht im Landtag sind und angesichts der Wählerwanderungen (nach rechts) der letzten Wahlen z.B. in Brandenburg kommt es aus meiner Sicht jetzt darauf an klarzustellen, wofür wir kämpfen. Wir müssen den WählerInnen klar und deutlich vermitteln, was sich ändern wird für jeden Einzelnen, wenn das Kreuz bei uns gemacht wird, welche Themen wir wie besetzen wollen, damit eine echte Wechselstimmung entsteht.

Es kommt auch darauf an, welche Alternativen wir zu einem konservativen, möglicherweise rechtspopulistischen Kurs, unserer "Mitbewerber" anbieten. Deshalb rufe ich alle auf, sich ernsthaft in die Diskussion zum Wahlprogramm einzubringen. Wir haben es in der Hand. Nur wenn wir diesen klaren sozialen Kurs, unterlegt mit Finanzierungsvorschlägen und orientiert an dem was die Menschen bewegt, in dieses Programm einbringen, können wir diese Inhalte mit Herzblut vertreten und dafür kämpfen....

Euer Kreisvorsitzender  
Horst Krumpfen



Nach dem Willen der Bürgerschaft soll dieses Gebiet in direkter Nachbarschaft zu Naturschutzgebiet und Küstenschutzstreifen zwischen Wendorf und Hoben einer Wohnbebauung geopfert werden.

wie von der Politik vorschnell gefeiert, darf jedoch bezweifelt werden. Der Grund dafür: Das Abkommen ist zwar völkerrechtlich bindend, jedoch drohen keine Sanktionen bei Missachtung der Vertragspunkte. Und ob die weniger finanzstarken Staaten – wie im Vertrag vorgesehen – mit 100 Milliarden Dollar jährlich bei der Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft unterstützt werden, hängt von der wenig verlässlichen Zahlungsbereitschaft der großen Industriestaaten ab. Inzwischen haben sich viele Zweifler zu Wort gemeldet, die im Falle allseits angesagten Weiterwurschtelns für das Bezugsjahr 2050 eine Erderwärmung um 3 bis 4° C u. m. prognostizieren, was nach allen wissenschaftlich gut belegten Prognosen für die

angesichts zusätzlicher Gefährdungen durch den weit überdimensionierten Verbrauch solcher Ressourcen wie Wasser, landwirtschaftliche Nutzfläche, Luft, Rohstoffe, Artenvielfalt u. a. m. noch dringlicher, weil das unseren Planeten an den Rand seiner Tragfähigkeit zu bringen droht.

Angesichts dieser Situation sehe ich auch in unserer Partei großen Bedarf an einer gründlichen Diskussion, wie auf diese Situation zu reagieren ist. Das für unsere Partei unabdingbare Ziel, nämlich für soziale Gerechtigkeit einzutreten, sollte m. E. im Lichte der aktuellen ökologischen Erfordernisse neu bedacht werden, weil sich ein solcher Kampf in einer ausgeplünderten, unbewohnbaren Erde erübrigt. Wie schwierig im konkreten

re Fraktion aus meiner Sicht besser ihre Zustimmung hätte verweigern sollen, will ich das deutlich machen. Danach wurde ein für die Erweiterung der Mediantlinik reserviertes und bisher landwirtschaftlich genutztes Gebiet in ein Wohngebiet mit Grundstücksgrößen von jeweils etwa 1000 m<sup>2</sup> (!) umgewandelt. Ergebnis: neben Anderem werden wertvolles Ackerland und eine CO<sub>2</sub>-Senke versiegelt, und Wismars schönstes Naherholungsgebiet, der wunderbare Hochuferweg nach Hoben, wird beeinträchtigt. Bei einem Spaziergang dort mit dem Nestor der deutschen Landschaftspflege Prof. Dr. mult. Wolfgang Haber (München) anlässlich seines RLS-Vortrags in Wismar sagte er uns seinerzeit sinngemäß, dass es hof-

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Vorhaben des RLS-Freundeskreises im Jahr 2016**

Ende November 2015 beriet der Freundeskreis über Vorstellungen, wie wir mit unseren Veranstaltungen dem immer wieder geäußerten Wunsch nach politischer Bildung besser nachkommen können. Das organisatorische Problem besteht in der Überwindung der räumlichen Distanz zu unseren möglichen Interessenten. Nach wie vor orientieren wir uns dazu neben Wismar auf die gut über das Kreisgebiet verteilten Städte Schönberg, Gadebusch, Grevesmühlen und Warin, wobei wir jeweils auf einen Ansprechpartner vor Ort angewiesen sind. Ein anderes Problem besteht darin, dass wir einerseits bestehende thematische Wünsche aufnehmen und andererseits über unsere geplanten Maßnahmen besser informieren möchten. Deshalb haben wir uns im Dezember mit einem Brief an die BO-Vorsitzenden gewandt, um evtl. bestehende Themenvorstellungen abzufragen und ihnen unsere Vorschläge zu unterbreiten; sie wollen wir künftig auch über die Fortschreibung unserer Planung auf dem Laufenden halten, so dass man sich langfristig gemeinsame Besuche vornehmen könnte.

Für das erste Halbjahr ist unsere Planung schon weit vorangekommen, nur außerhalb von Wismar würden wir gern noch weitere Veranstaltung durchführen.

Einen ersten Schwerpunkt werden Bewertungen aktueller politischer Entwicklungen bilden. Dazu sind drei Vorträge geplant:

- am 25.1. „Der Ukraine-Syrien-Komplex – was will, was kann Putin? Mit dem Hamburger Kai Ehlers in Wismar
- am 1.3. „Zur aktuellen Entwicklung in Polen“ mit Holger Politt aus Warschau in Wismar.
- am 30.3. „Zu rechtsextremen

Entwicklungen in M-V“ mit Andrea Röpk in Grevesmühlen

Einen zweiten Schwerpunkt werden Themen zu einer sozialeren Gestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit zwei Veranstaltungen bilden:

- am 18.4. eine Buchvorstellung zu „Wir Erben. Was Geld mit Menschen macht“ mit Julia Friedrichs aus Berlin in Wismar
- am 7.7. spricht Nina Treu vom Konzeptwerk solidarische Ökonomie aus Leipzig zu „Postwachstum und sozial-ökologische Transformation – eine Einführung“

In einem dritten Schwerpunkt wollen wir uns mit politischen Vorstellungen beschäftigen, die über die gegenwärtig existierende Gesellschaft hinaus führen:

- am 26.5. „Vermessung der Utopie. Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft“ mit Prof. Elmar Altvater und Raul Zelik aus Berlin in Wismar
- am 13. 6. „Karl Marx und Karl Polanyi – Auswege aus der Krise des Kapitalismus“ mit Prof. Prof. Michael Brie aus Berlin in Wismar.

Zu einem noch zu bestimmenden Termin wird es eine Busexkursion zur Cap-Arcona-Gedenkstätte in Neustadt geben, wobei wir diesmal mehrere Orte im Kreisgebiet anfahren wollen, um vielen Interessenten die Gelegenheit zur Teilnahme zu ermöglichen.

Zu diesem Thema bietet auch Gen. Joachim Ewald einen Vortrag aus eigenem Erleben zum damaligen Geschehen an, den wir gern vermitteln. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung, über den Fortgang werden wir berichten.

L. Tannhäuser



Anlässlich des 71. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und des Holocaustgedenktes am 27. Januar gedachten Vertreter des Amtes, u. der Stadt Gadebusch, Stadtvertreter der Bürgergemeinschaft und der LINKEN, sowie Mitglieder der Linkspartei und Einwohner den Opfern des nationalsozialistischen Terrors.

**Jugendverband mit neuer Besetzung und viel Motivation!**

Auf der letzten Landesmitgliederversammlung der linksjugend [solid] M-V, die kurz vor den Weihnachtsfeiertagen stattfand, hat sich einiges getan.

Nachdem sich ein Präsidium konstituiert hatte und die Tagesordnung beschlossen wurde, standen zunächst viele Personalwahlen auf der Agenda. So wurden u.a. ein neuer geschäftsführender Landessprecher\*innenrat und die Vertreter des Landesverbandes auf Bundesebene der linksjugend [solid] und auf Landesebene der Partei DIE LINKE. M-V gewählt.

Als nächstes ging es sprichwörtlich ans Eingemachte: Es wurden intensiv verschiedene Themenbereiche diskutiert, die in einem eigenen Jugendwahlkampf der linksjugend [solid] M-V zur Landtagswahl 2016 vertreten werden sollen. Im Vordergrund standen dabei insbesondere Themen wie eine ökologische Lebensweisen in unserem ländlich geprägten Flächenland, die Probleme junger Menschen auf dem oftmals per-

spektivlosen Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern, das gänzliche Fehlen oder immer wei-



tere Wegkürzen öffentlicher Infrastruktur und Einrichtungen in vielen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns und zudem der Erhalt und Ausbau alternativer Jugendprojekte als Orte der Selbstverwirklichung junger Menschen.

Mit dem Auftrag an den Landessprecher\*innenrat, die heiß diskutierten Themen in einem Durchführungskonzept für einen Jugendwahlkampf zur Landtagswahl 2016 zusammenzufassen und auf der nächsten Landesmitgliederversammlung zu präsentieren, starten die jungen Genoss\*innen der linksjugend [solid] mit viel Energie und großer Einsatzbereitschaft in das neue Jahr.

**„Heiße Getränke gegen soziale Kälte“**



Interessierte Besucher des Jobcenters in Wismar wurden am 10. Dezember von Mitgliedern des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg unter dem Motto: „Heiße Getränke gegen soziale Kälte“ über die bundesweite Aktion „Für gute Arbeit und sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung statt Hartz IV“ informiert.

Zu einem Becher heißen Kaffees, luden die Genossen an den Info-stand und boten Informationen über die LINKEN Alternativen zur Arbeitsmarktpolitik seit Einfüh-

rung der ‚Hartzgesetze‘. Solche Ziele wie deutliche Reduzierung und Abschaffung prekärer Arbeit, gesetzlicher Mindestlohn von 10 € Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I, Abschaffung von Sperrzeiten, verbesserten Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsförderungsmaßnahmen, Ersetzung der 1-Euro-Jobs durch reguläre versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse fanden bei den Bürgern breite Zustimmung.

## In Memoriam: Heinrich Heine

Am 17. Februar 1856 starb Heinrich Heine, einer der bedeutendsten deutschen Dichter, Journalisten, Essayisten und Satiriker. Wenn man die nachstehenden Verse aus seinem Werk *Lutetia* liest, mag man nicht glauben, dass seit seinem Tode 160 Jahre vergangen sind, so aktuell tickt seine Reichtumsuhr heute:

**Es ist still wie in einer  
verschneiten Winternacht,  
nur ein leiser,  
monotoner Tropfenfall.  
Das sind die Zinsen, die  
fortlaufend hinabträufeln  
in die Kapitalien, welche  
beständig anschwellen;  
man hört ordentlich,  
wie sie wachsen,  
die Reichtümer der Reichen.  
Dazwischen das leise  
Schluchzen der Armen.  
Manchmal klirrt etwas,  
wie ein Messer,  
das gewetzt wird.**

Heinrich Heine, 1842

## Aus der Redaktion

In unserer Redaktionsarbeit bemühen wir uns zuerst, unsere gewählten Funktionsträger in Partei- und kommunalen Ämtern zu Wort kommen zu lassen, was oft schwer genug ist, weil es gerade denen oft schwerfällt, in ihrer karglichen Freizeit noch einen Text für unseren Wellenbrecher abzuliefern. Vielleicht manchmal mit dem Seufzer verbunden „Die auch noch!“, klappt es meist dennoch. Wenn uns ein unverlangter Beitrag zugesandt wird, freuen wir uns natürlich; das belebt die Zeitung. In der Regel geben wir für erwartete Texte einen Zeichenumfang vor; unverlangte Einsendungen sollten nicht mehr als 2000 Zeichen (einschließlich Leerzeichen) umfassen. In solchen Fällen behalten wir uns sinnwahrende Einkürzungen vor, wobei Ausnahmen nach Rücksprache natürlich möglich sind. Nicht immer können wir auf den im 2-Monats-Abstand erscheinenden acht Seiten alle Wünsche unterzubringen; dafür bitten wir um Verständnis.

Lutz  
Tannhäuser



## Vermögensteuerjetzt!

**Reichtumsuhr**

Nettoprivatvermögen in Deutschland

**8.130.627.398.684 €**  
Das reichste Zehntel besitzt davon 64%

**5.244.347.900.086 €**  
Das ärmste Zehntel besitzt

**-16.712.120.791 €**

Reichtumsuhr auf eig. Initiative  
Quelle: www.vermoegensteuerjetzt.de  
16. Jan. 2016

Die BO Grevesmühlen trauert um ihre Genossin

## Else Barz,

die im Alter von 89. Jahren verstorben ist.

Genossin Else Barz war bis ins hohe Alter eine aktive einsatzbereite Genossin, die mit ihrer Lebensweisheit und ihrer Zuversicht sehr viel zu unserem BO-Leben beigetragen hat.

Nicht nur ihr Witz und ihre Schlagfertigkeit, die so manche Versammlung bereicherten, werden uns fehlen.

Im Namen der BO  
Helga Brauer



## Herzliche Glückwünsche

**Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar 2016 Geburtstag hatten und haben.**

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Bruno Kerbstadt zum 92. und unsere Genossin Luise Schulz zum 90. Geburtstag. Zum 89. Geburtstag gratulieren wir Genossen Heinrich Lenke und zum 88. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an unseren Genossen Gerhard Gorzitz. Zum 87. gehen herzliche Glückwünsche an den Genossen Manfred Fischer. Auf 84 Lebensjahre blicken die Genossinnen Erika Schmidt und Edith Knöfel zurück und zum 83. Geburtstag gratulieren wir ganz herzlich Genossen Horst Bachmann. Zum 82. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an den Genossen Peter Luckmann und zum 81. Wiegenfest gratulieren wir Genossin Lotti Bibow und Genossen Arno Spudat ganz herzlich. Glückwünsche zum 80. Geburtstag erhält Genosse Kurt Möller. Zum 75. Geburtstag wünschen wir den Genossen Horst

Neumann, Peter Vorbau und Reinhard Dopp alles erdenklich Gute.

Herzliche Glückwünsche gehen auch an unseren Genossen Manfred Bannert zum 60. Geburtstag und an Sylvia Sapich und Andre Buchholz zum 55. Wiegenfest.

Alle guten Wünsche erhält ebenfalls Genosse Florian Enrich der seinen 20. Geburtstag feiert.



**Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.**

**Alter schützt vor Liebe nicht, aber Liebe schützt bis zu einem gewissen Grade vor Alter**

Jeanne Moreau

## Aus dem Arbeitsplan der AG Seniorenpolitik für 2016

Aus dem umfangreichen Arbeitsplan der AG zitiert die Redaktion im Folgenden wichtige Ausschnitte.

### In die inhaltliche Arbeit will die AG

- zu einem hohen Ergebnis der LINKEN bei der Landtagswahl beitragen und in ihrer Vorbereitung Gesprächspartner einladen und Diskussionen gemeinsam mit BO zu im Plan festgelegten Themen führen
- im Mai gemeinsam mit den BO Warin/Neukloster und Insel Poel/Neuburg Helmut Holter für ein Gespräch gewinnen
- an Beratungen des Kreisvorstands zur Vorbereitung der Landtagswahlen teilnehmen
- mit Mitgliedern der AG in Wahlkreisaktiven mitarbeiten

### In der Öffentlichkeitsarbeit nimmt sich die AG vor

- ihre Erfahrungen mit Veranstaltungen zum Thema Senioren-

cherheit fortzusetzen mit einer ersten Veranstaltung im März gemeinsam mit dem Frauen- u. Familienzentrums Wismar

- Erinnerungsveranstaltungen zum Gedenken an die Ereignisse um die Versenkung der Cap Arcona mit Joachim Ewald zu unterstützen und dazu den Stadtverband Wismar zu kontaktieren
- an öffentlichen Diskussionen zum ÖPNV und zur Rentenpolitik teilzunehmen
- im Seniorenbeirat des Landkreises die politischen Positionen der LINKEN zu vertreten
- Gesprächsrunden zu Grundfragen unserer Parteipolitik zu organisieren
- das Schulprojekt „Was bedeutet Krieg“ in Bad Kleinen zu unterstützen
- eine Radtour der VVN am 21. April zu unterstützen (Gen. Ewald)
- an der Betreuung von Migranten

und an der Gewinnung von Helfern mitzuwirken

Um die AG personell zu erweitern, sollen festgelegte AG-Mitglieder mit den BO in Wismar und Neuburg/Poel, in Gadebusch und in Grevesmühlen Verbindung aufnehmen

### Tagungen der AG sind geplant in den Monaten

- März zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Helmut Holter
- Juni zur Auswertung der Gesprächs mit Helmut Holter und der Veranstaltung zur Seniorensicherheit sowie zur Vorbereitung weiterer Veranstaltungen
- September zur Auswertung der Landtagswahl und zur Gewinnung von AG-Mitgliedern
- November zur Auswertung der AG-Arbeit und zur Vorbereitung einer Exkursion nach Schwerin mit Besuch der Landtagsfraktion der LINKEN